

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	9. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	03/04.03.2015, 09:00 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Auszug aus dem Protokoll

(...)

Antrag Nr. 96 (S. 198, 206): Änderung Förderrichtlinie Kindertagesstätten mit integrativen Gruppen (KULT, Die Linke)

Stadtrat Lancier (KULT): Die Angelegenheit ist eine Herzensangelegenheit meines Kollegen Max Braun. Da er selbst die Sache nicht vortragen kann, hat er mir seine Argumentation weitergegeben. Die trage ich nun vor.

Sie, Herr Oberbürgermeister, haben in Ihrer Rede zum Doppelhaushalt Inklusion als eine der zentralen Herausforderungen der nächsten Jahre genannt, auch unter dem finanziellen Aspekt. Gleichberechtigte Teilhabe am Alltag gilt auch für Kinder mit Behinderungen, die in eine Regel-Kita aufgenommen werden. Der Betreuungsaufwand ist für diese Kinder deutlich höher. Ein Kind, das sich häufig verschluckt und erbricht, braucht sofort eine Betreuungsperson in der Nähe, die ein mögliches Ersticken verhindert. Ein Kind, das beispielsweise durch plötzliche Krämpfe unkoordiniert um sich schlägt, braucht eine Person, die die anderen Kinder in diesem Moment vor ihm schützt. Die aktuellen Sätze für die begleitende Hilfe – meistens eine FSJ-Kraft – decken jedoch nicht die Kosten ab. Die Kitas bleiben auf einem Restbetrag sitzen, den sie aus eigener Kraft stemmen müssen. Inklusion scheitert somit meist nicht an den Beteiligten, den Erzieherinnen und Erziehern, den Eltern und den Kindern, sondern am Geld. Die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sollte uns zumindest FSJ-Stellen wert sein.

Die KULT-Fraktion hat positiv zur Kenntnis genommen, dass Ziffer 3 – eine 0,1-Fachkraft-Stelle – umgesetzt wird. Zu Ziffer 1 schreibt die Verwaltung, dass eine regelmäßige Anpassung der Tarifierhöhung prüfenswert sei. Wir aber sagen, sie ist dringend notwendig.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Ich mache es kurz. Es ist ja schon gesagt worden, ein Teil des Antrages wurde bereits umgesetzt – mit der zusätzlichen 0,1-Mehrpersonalstelle –, und ein großer Bereich ist bereits in den internen Gremien, beispielsweise im Arbeitsausschuss Jugendhilfe. Wir meinen, dass wir doch die Beratungen im Ausschuss abwarten sollten. Dann könnten wir es mit der nächsten Richtlinienanpassung im Gemeinderat umsetzen.

Insofern sieht meine Fraktion für heute keinen Bedarf, weiter darüber abzustimmen.

Stadträtin Melchien (SPD): Ich kann direkt anschließen.

Natürlich stimmen wir mit KULT überein, dass wir bei der Inklusion noch am Anfang stehen, dass wir uns hier noch in zahlreichen Sitzungen damit beschäftigen müssen, natürlich auch die Förderrichtlinien anpassen sollten. Allerdings ist das unsere laufende Arbeit. Anfang 2015 gab es bereits eine Änderung. Wir werden bald im Arbeitsausschuss Jugendhilfe und im Jugendhilfeausschuss wieder eine Änderung diesbezüglich diskutieren. Es gibt auch noch andere Punkte, die wir im letzten Jahr schon im Rahmen dieser Förderrichtlinien, die überarbeitet werden müssen, angesprochen haben. Das können wir dann im Fachausschuss gemeinsam angehen und im laufenden Jahr auch ändern.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Das Anliegen ist berechtigt, und wir begrüßen auch, dass Sie, Herr Oberbürgermeister, zugesagt haben, dass es in den Arbeitsausschuss des Jugendhilfeausschusses kommt, um dort umfassender diskutiert werden zu können.

Wir werden trotzdem heute dem Grundsatz, dass wir hier entsprechende Anhebungen durchführen müssen, zustimmen. Ich habe ausgerechnet, bei der derzeitigen Kinderzahl, die im Augenblick betroffen ist, wären das Anhebungen um rund 320.00 bis 330.000 €. Das heißt, hier ist schon eine Diskussion notwendig, in welcher Form wir das umsetzen.

Aber grundsätzlich ist es so: Wenn wir dazu stehen, dass unsere Kindertagesstätten inklusiv arbeiten können und die pädagogischen Hilfen kostendeckend bezahlt werden, haben wir einen Handlungsbedarf. Deshalb stimmen wir im Grundsatz zu und werden dann im Arbeitsausschuss klären, was konkret möglich ist.

Stadtrat Høyem (FDP): Ich denke auch, dass wir das im Ausschuss diskutieren sollten. Auch wenn es nicht populär ist, das hier zu sagen: Inklusion ist ein gefährliches Wort. Man kann nicht immer alle für eine Totalinklusion fähig machen. Das muss einmal gesagt werden.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortmeldungen.

Ich empfehle auch, das im Ausschuss fachlich zu beraten. Sollten sich dann Erhöhungen von Pauschalen ergeben, müssen die durch den Haushalt erhöht zur Verfügung gestellt werden. Das ist genauso wie bei Pflegesatzverhandlungen. Von daher muss es nicht heute in diesem Umfang bestimmt werden.

Wenn wir es jetzt zur Abstimmung stellen und bekommen keine Mehrheit dafür, verbieten Sie uns im Grunde dadurch, mit Ihnen darüber zu reden. Das wäre dann für die Sache ungünstig, Insofern fände ich es gut – Sie haben ja alle eine grundsätzliche Bereitschaft erkennen lassen, dass das eine sinnvolle Sache ist –, dass wir es jetzt im Fachausschuss diskutieren. Es spricht einiges dafür, sich an Tarifsteigerungen anzupassen oder was es sonst noch an Vorschlägen gibt, die ich jetzt im Detail nicht alle aufführen will. Machen Sie das auf der Fachebene und bringen Sie es dann noch einmal in den Gemeinderat. Ich glaube, das ist sinnvoller.

Die dritte Forderung hat sich eh schon erledigt, weil wir mit dieser 0,1-Fachkraft-Stelle sowieso schon eingestiegen sind.

Stadtrat Borner (GRÜNE): Ich muss mal kurz für die Linken sprechen, denn die haben nur noch ca. 1 Minute Spielraum.

Sie verweisen hier Anträge in den Jugendhilfeausschuss, aber dann erwarte ich für die Linken, dass dieser Kindergartenantrag dann auch verwiesen wird, ohne einen Antrag stellen zu müssen.

Der Vorsitzende: Ich habe nichts verwiesen. Ich habe gesagt, es gibt das Angebot, in dieser Arbeitsgruppe über die Anpassung zu reden. Es steht sowieso auf der Tagesordnung. Wir müssen sowieso die Pauschalen thematisieren. Da gehört es inhaltlich hin. Ich habe den Antrag nicht verwiesen. Es kommt in die Arbeitsgruppe, weil es dort sowieso auf der Tagesordnung steht. Wir müssen diese Pauschalen regelmäßig miteinander besprechen.

Das wäre mein Vorschlag, das so zu machen. – Okay, dann sind Sie **damit so einverstanden**.

(...)